

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 11

Artikel: Chiles wirtschaftliche Aussichten im Sommer 1973
Autor: Wicke, Berthe
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142247>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

darität. Daß wir in früheren Situationen beschämend wenig getan und deshalb noch weniger erreicht haben, soll uns nicht hindern, sondern antreiben, jetzt Solidarität zu bewähren, mit ebensoviel Phantasie wie Opferbereitschaft. Es ist jetzt das Schlimmste zu erwarten für alle Verfolgten aus den anderen diktatorischen Ländern Lateinamerikas, die in Chile unter der Regierung Allendes Zuflucht gefunden haben, es handelt sich um über zehntausend. Zu diesen Emigranten werden nun noch hinzukommen chilenische Emigranten, denen es gelingt zu fliehen. Dazu die Tausende, die in den jetzt schon eingerichteten KZs der Generale hungern und gefoltert werden. Amnesty International bekommt neue Aufgaben und braucht unsere Unterstützung. Von der Bundesregierung müssen wir verlangen, daß sie die Bundesrepublik öffnet zu einem Asyl-land für die Verfolgten aus Lateinamerika, und das gleiche müssen wir von uns selbst verlangen. An Chile entlarvt sich die Heuchelei, der Zynismus und die Brutalität der Reaktionäre in unserem Lande, vielleicht aber auch unsere Gleichgültigkeit, unsere Bequemlichkeit, unsere eigene Schizophrenie: die Kluft zwischen Worten und Taten. Wir können nicht viel tun. Um so mehr sollen wir tun, was wir tun können.

Helmut Gollwitzer

Chiles wirtschaftliche Aussichten im Sommer 1973

Die Angaben über die von der Volksfrontregierung übernommenen finanziellen Verpflichtungen, sowie über ihre Finanzierungsmöglichkeiten kurz vor dem Putsch, entnehmen wir einem Artikel von Frédéric Langer in «Le Monde Diplomatique» (Oktober 1973), diejenigen über die wirtschaftlichen Sofortmaßnahmen der Junta aus einem Artikel des Korrespondenten der «Süddeutschen Zeitung», Manfred von Costa, vom 1. November.

Bevor die Legende vom Plan Z* erfunden war, galt als einer der Hauptgründe für das Vorgehen der Militärjunta gegen die rechtmäßige Regierung Chiles, das Land vor dem Chaos, insbesondere dem wirtschaftlichen, zu retten. Die Inflationsrate war diesen Sommer auf 300 Prozent angestiegen. Wie hatte es dazu kommen können, nachdem im ersten Jahr der Regierung Allende das Wirtschaftswachstum 8,5 Prozent betrug, die Arbeitslosigkeit von 8,3 auf 3,8 Prozent zurückging, die Industrieproduktion um 12 Prozent zugenommen hatte («Neue Wege», Okt. 1972), die Arbeitslöhne um 50 Prozent gestiegen waren («Esprit», Okt.

* Nach diesem Plan sollten angeblich am 17. September Tausende von Mitgliedern der nichtmarxistischen Opposition gegen die Regierung Allende auf einen Schlag umgebracht werden.

1973) und das Baugewerbe eine nie dagewesene Konjunktur aufwies?

Die Ursachen für die Devisenschwierigkeiten der Unidad Popular (UP) sind teilweise wohlbekannt: Bald nach dem Amtsantritt Allendes fallen die Kupferpreise von 70 auf 45 amerikanische Cents, während die Preise der Nahrungsmittel, die Chile schon immer aus dem Ausland bezog (Fleisch, Milch, Butter, Getreide), stark steigen. Dazu kommt, daß durch die höheren Löhne die Arbeiterklasse in der Lage ist, ihren Hunger zu stillen, wodurch der Konsum steigt. Bei der schon unter der vorherigen Regierung begonnenen Agrarreform kam es oft vor, daß die enteigneten Besitzer Maschinen entwendeten oder zerstörten, sodaß der Gesamtertrag der Landwirtschaft zurückging. Ferner wurde ein ansehnlicher Teil der vorhandenen Nahrungsmittel von den Händlern zurückbehalten und auf dem Schwarzmarkt verkauft. Die verminderten Erträge aus der Kupferausfuhr (mengenmäßig war sie gleich geblieben) und die höhere Belastung durch die Einfuhr erschöpften die Devisen des Landes rapid.

Eine andere Ursache des Devisenrückgangs lag in der Aufhebung der amerikanischen Kredite, die seit 1968 für Chile höher gewesen waren als für jedes andere Land Lateinamerikas. Die Vereinigten Staaten bewirkten aber auch die Sperrung der Kredite der Weltbank und von vierzehn weiteren Gläubigerbanken (Club de Paris). Dabei waren die Jahre 1972, 1973 und 1974 schon von der Regierung frei für Rückzahlungen von jährlich 400 Millionen Dollar vorgesehen, wozu 50 Prozent der normalen Exporterlöse hätten verwendet werden sollen. Die Staatschuld betrug bei Allendes Amtsantritt 4,2 Milliarden Dollar, das bedeutet, daß Chile, nach Israel, das meistverschuldete Land der Welt war. Die Gläubigerländer verlangten von Chile einen Beistandsvertrag («stand-by») mit dem Internationalen Währungsfonds abzuschließen. Dadurch wäre aber das wirtschaftliche und soziale Programm der Volksfront in Frage gestellt worden. Die chilenische Delegation lehnte dies ab, wie auch die Beschneidung der Einfuhren, die von den Gläubigern verlangt wurde. Die Einfuhr von Lebensmitteln betrug im Jahre 1972 50 Prozent der Gesamteinfuhren. Als Gegenvorschlag legte Chile seinen Gläubigern ein Entwicklungsprogramm vor, das zur Rückzahlung der Schulden geführt hätte.

In den Sommermonaten dieses Jahres war Chile finanziell nicht mehr von der Außenwelt abgeschnitten. Mehrere europäische Länder, so Spanien, Schweden, Finnland, Dänemark waren bereit, für die Entwicklung Chiles wieder Darlehen zu gewähren. Im Juli und August sagten sie Allende im ganzen 315 Millionen Franken mittel- und langfristige Kredite zu. Die BRD stellte im Juli 45 Millionen DM als Kapitalhilfe zur Verfügung, sie beschloß, von neuem Exportrisikogarantien zu gewähren und schenkte Chile 15 000 Tonnen Getreide.

Europäische Unternehmen wie Siemens (BRD) und Philips (Niederlande) interessierten sich für den chilenischen Markt und gewährten im August langfristige Kredite von 5,8 Millionen Mark, resp. 9,7 Millionen holländische Gulden für den Import medizinischer Ausstattungen. Die Hilfe aus den sozialistischen Staaten verschaffte nicht in erster Linie Devisen, sondern basierte auf Tausch, so von China Lebensmittel gegen Kupfer, von Sowjetrußland technische Hilfe und Materiallieferungen auf Kredit. Im vergangenen Juli kamen 750 sowjetische Traktoren nach Valparaiso sowie Nahrungsmittel aus Bulgarien. Im August beschloß Ungarn für 5 Millionen Franken telefonische Ausrüstungen zu liefern, Bulgarien hat 9 Millionen für Lehrmittel für Berufsschulen geliehen, Rumänien war im Begriff, Techniker zu schicken um den Wohnbau für die Kupferarbeiter zu beschleunigen. Die Tschechoslowakei ließ 10 Millionen Franken, rückzahlbar innert zwölf Jahren, für den Kauf von Material für die Kupferminen.

Eine französische Bank, deren Filiale in Chile verstaatlicht worden war, finanzierte Einkaufskampagnen für Lebensmittel in Europa. Die westlichen Privatbanken, selbst die amerikanische, gewährten dem Chile Allendes größere Kredite als der Regierung Freis.

Im eigenen Land wollte Allende das Defizit der öffentlichen Finanzen durch Steuerreform verhindern, durch welche die auf dem Schwarzmarkt gemachten beträchtlichen Vermögen stark betroffen worden wären. Diese Gesetzesvorlage wurde allerdings von den Christdemokraten abgelehnt. Ein anderer Punkt des Programms betraf die Steigerung der Agrarproduktion durch Ertragsprämien und der wirklichen Lage angepaßte Preise, denn bisher verkauften viele Produzenten auf dem Schwarzen Markt. Eine Änderung des Wechselkurssystems, das bisher statt den Export, den Verkauf auf dem Schwarzen Markt stimulierte, war auch vorgesehen. Chile verfügt über zahlreiche zum Export geeignete Produkte wie Wein, Fisch, Schafstiere, Früchte, Textilien, Schuhe. Die chilenische Industrie, die vor der Volksfrontregierung 30 bis 40 Prozent ihrer Produktionskapazität verwirklichte, brachte diese rasch auf 100 Prozent und sollte zum vermehrten Export angehalten werden.

Frédéric Langer schließt seinen Artikel mit folgender Feststellung: «Die Verwirklichung dieses ehrgeizigen Programms verlangte außer den Kapitalien, die Chile wieder vermehrt zuzufließen begannen, auch Zeit. Der Staatsstreich hat die Volksfront um diese Zeit gebracht. Ist es nicht gerade, weil die UP im Begriffe war, auf dem wirtschaftlichen Sektor Erfolg zu haben, daß für die Opposition der Augenblick gekommen schien, das sozialistische Experiment in Chile abzubrechen?»

Eine ähnliche Vermutung wird auch von andern seriösen Leitartiklern ausgedrückt. J.-M. Domenach und P. Thibaud schreiben in der französischen Monatsschrift «Esprit» vom Oktober 1973: «... ist sein

Ende eingetreten, weil das Experiment Chancen hatte zu gelingen, weil die Politik der Sabotage und der zivilen Rebellion im Begriffe war zu scheitern, weil diejenigen, die sie führten und diejenigen, die sie begünstigten, sich immer mehr von den Teilen der Bevölkerung isolierten, die sie unterstützt hatten?»

Diese Hypothese gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir in Erwägung ziehen, was die Junta wirtschaftlich dem Land gebracht hat, das sie vorgab aus dem Chaos zu retten. Die Hauptlast zur Bekämpfung der Inflation ist den unteren Einkommenschichten aufgebürdet worden. Eine Angleichung der Löhne an die Steigerung der Lebenshaltungskosten wurde nicht vorgenommen, dagegen wurden die Preise der wichtigsten Konsumgüter freigegeben und schnellten am 15. Oktober um durchschnittlich 500 Prozent nach oben. Die Arbeitswoche wurde bei gleichem Lohn von 44 auf 48 Stunden verlängert. General Pinochet, der Vorsitzende der Junta, erwartet bis Jahresende eine Steigerung der Inflation bis auf 1600 Prozent. Wie das andauernde Verbot für Lohn erhöhungen sich auf das Lebensniveau der Arbeiter auswirken wird, steht in krassem Gegensatz zu den Erklärungen der Junta, die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung sollten nicht angetastet werden.

Neil Ascherson in der «Weltwoche» vom 24. Oktober sieht als Gründe für eine drohende Arbeitslosigkeit (in der einheimischen Industrie) die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe durch die massive Abwertung von 85 auf 281 Escudos für einen Dollar, sowie die Verminderung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung durch das Einfrieren der Löhne und die Freigabe der Preise.

Allein schon die Analyse der wirtschaftlichen Folgen des Putsches zeigt, wie unglaublich die Behauptung ist, er sei zur Rettung des Landes vor dem Chaos unternommen worden. Die andere Begründung, «... das Aufdecken angeblicher Pläne der Linken, die Spitzen der Militärs und der politischen Opposition in einem Massengemetzel zu liquidieren», von der am 30. September der Korrespondent der NZZ als «im Nachhinein gegebene Motivierung» schreibt (Sperrungen von uns), ist ebenso unglaublich, wenn man ihr die Berichte auch anderer seriöser Journalisten entgegenhält. Doch auch solche Berichte werden immer seltener werden, da das Putschistenregime damit begonnen hat, ausländische Journalisten auszuweisen, wie den Korrespondenten der Pariser Zeitung «Le Monde» und sogar des rechtsorientierten «Corriera della Sera» von Mailand. Im Hinblick auf diese Ablehnung jeder freien Meinungsbildung muß die Propagandaschrift über den Putsch mit entsprechendem Vorbehalt gelesen werden, selbst wenn der Christdemokrat Eduardo Frei und der Kardinal von Santiago sich ihrer auf ihren Propagandareisen bedienen.

Berthe Wicke